



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 4

*

solidaritaet@gmx.at

*

September 2024

Einladung zur Vorwahl-Diskussion

Mi., 11. September 2024, 19.00 Uhr

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus, Galerie, 1. Stock

Heute: Ukrainekrieg, Gazakrieg. Morgen: Nahostkrieg und noch mehr Kriege? In Zeiten von Krisen und Kriegen ist eine tatsächliche Politik der immerwährenden Neutralität Österreichs und das Auftreten gegen die Kriegstreiber in Ost und West und das Eintreten für sofortigen Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und Frieden notwendiger denn je!

Neutralität & Sicherheit

- ist unerlässlich für Sozialstaat und Demokratie
- darf nicht den Rechten, Neokonservativen und Neoliberalen überlassen werden

Podiumsteilnehmer:innen / Einladung / Plakat – zum Herausnehmen, kopieren und verbreiten, Seite 6-7

Nein zum Ausverkauf der VAMED!

Das bisher teilstaatliche Unternehmen VAMED baut und betreibt Krankenhäuser, Reha-Zentren und Thermen. Mit 20.000 Mitarbeitern und 2,3 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2021 ist VAMED der größte Gesundheitskonzern Österreichs. Der VAMED-Verkauf ist eine weitere Privatisierung des Gesundheitssystems.

Das bringt Gefahren für Leistung und Qualität der Rehabilitationsversorgung (REHA) in Österreich und für die REHA-Beschäftigten durch Personalabbau und Lohndumping. Mit dem REHA-Bereich wird auch Europas größte Suchtklinik – das Anton-Proksch-Institut – verscherbelt. Eine der größten und wichtigsten Suchtkliniken Europas in Wien-Liesing mit jährlich rund 5.000 Patientinnen und Patienten.

Der umstrittene Investmentfonds PAI Partners kauft mehrheitlich 21 österreichische Reha-Zentren vom ehemals teilstaatlichen Gesundheitskonzern VAMED. Darunter kritische Gesundheitseinrichtungen wie Neuro-Zentren, psychiatrische und orthopädische Kliniken. Sie gehörten bisher der VAMED AG, dem größten österreichischen Gesundheitskonzern.

Dem PAI-Fonds wird vorgeworfen, Bewohner, Patienten und Beschäftigte für Profitmaximierung auszubeuten.

Die ÖVP-Grüne-Regierung hätte den Verkauf durch Fresenius an den französischen Heuschrecken Konzern PAI verhindern können, hätte sie nicht zuvor zugelassen, dass die Staatsholding ÖBAG ihren 13%-Anteil an Fresenius verkauft. Denn nur ein vollends „entstaatlichtes“ Unternehmen ist für einen Heuschrecken-Konzern von Interesse. Noch dazu dürfte die Republik (durch die ÖBAG) dafür nur einen Bruchteil des tatsächlichen Wertes erhalten haben, fand doch der Verkauf des ÖBAG-Anteils auf Basis einer Vereinbarung aus dem Jahr 1996 (!) statt – also wohl viel zu niedrig.

Fortsetzung nächste Seite

Das Anton-Proksch-Institut ist gefährdet!

„Eine der größten und wichtigsten Suchtkliniken Europas in Wien-Liesing mit jährlich rund **5.000 Patientinnen und Patienten** bekommt einen neuen Teileigentümer. Derzeit gehört das Anton-Proksch-Institut noch zu 40 Prozent einer Stiftung, die unter anderem die Stadt Wien und der ÖGB gegründet haben; die restlichen 60 Prozent hält die VAMED AG, der wichtigste Gesundheitskonzern Österreichs. Doch letzterer Teil wird nun abverkauft. Er geht bis Jahresende von der VAMED an einen französischen Private-Equity-Fonds namens PAI Partners, hinter dem ein weiterer US-amerikanischer Investmentfonds und reiche Privatpersonen etwa aus Deutschland und Großbritannien stecken.“ (Standard, 20.6.2024).

Der VAMED-Betriebsratsvorsitzende Harald Steer, warnt vor dem neuen Mehrheitseigentümer der Rehakliniken, PAI Partners. Er befürchtet Einsparungen in der Gesundheitsversorgung und bei der Belegschaft.



Vorgeschichte

2018 erfolgte die Umfärbung, Umstrukturierung und Zentralisierung der Krankenkassen der Arbeiter und Angestellten (GKK in ÖGK) durch die ÖVP-FPÖ-Regierung mit einem Privatisierungsauftrag und der Mehrheitsbeschaffung für die Wirtschaft in der Krankenkasse der Arbeiter und Angestellten. Jetzt folgte unter der ÖVP-Grün-Regierung nun ein weiterer Schritt.

Die VAMED, unter der SPÖ-ÖVP-Regierung bereits 1996 privatisiert, an der bis zuletzt Österreich über die Staatsholding ÖBAG noch 13% und durch die Privatstiftung B&C 10% (hat auch die Mehrheit an früheren verstaatlichten Industriekonzernen wie Lenzing, AMAG, Semperit) hielten, verkauften ihre Anteile an den privaten VAMED-Eigentümer Fresenius. Fresenius wiederum hat nun den AKH-Betrieb an STRABAG und PORR, den REHA-Bereich an das französische Private-Equity-Unternehmen PAI Partners verkauft. Befürchtet wird, dass dieser „Heuschrecken“-Konzern PAI, der nach Eigenaussagen Zukäufe nach spätestens 6 Jahren wieder gewinnbringend verkaufen will, den REHA-Bereich zum Schaden von Patient:innen und Beschäftigten kaputtspart.

Weitreichende Folgen

Das Beispiel Englands zeigt wie sich Privatisierung des Gesundheitswesens negativ auswirkt, dass privatisierte

Gesundheitsversorgung für die Menschen eine Katastrophe ist. Dort hat sich der Anteil der öffentlichen Pflegebetten seit 1980 von 66% auf 4% reduziert. Nicht zuletzt durch das an die Wand fahren des Gesundheitssystems haben die britischen Konservativen die Wahl haushoch verloren. In Österreich ist aber auch Gefahr in Verzug: hier hat sich der Anteil der öffentlichen Pflegebetten seit 1980 von 76% auf 49% reduziert. Der VAMED-Verkauf ist ein weiterer Schritt in diese gefährliche Richtung.

Die Regierung stellt sich tot, dabei vermuten Kritiker, dass der Verkauf der Österreich-Anteile an der VAMED durch die ÖBAG und die B&C vor dem Fresenius-Verkauf der REHA-Sparte an den privaten französischen Heuschrecken-Konzern PAI erst ermöglichte. Eben mit den beschriebenen weitreichenden negativen Folgen.

„Dieser Verkauf macht klar, wie instabil die öffentliche Versorgung durch international tätige private Investoren, die kein Interesse an einer solidarischen Versorgung haben, ist“, sagt ÖGK-Arbeitnehmer-Obmann Andreas Huss. Er gehe davon aus, dass die Betriebe durch Leistungskürzungen und Personaleinsparungen zusammengestutzt und gewinnbringend weiterverkauft werden. Deshalb fordert der ÖGK-Obmann: Die ÖGK soll selber Rehasentren betreiben. Huss: „Unternehmen, die in das Gesundheitssystem investieren, sind selten daran interessiert, das solidarische Gesundheitssystem aufrecht zu erhalten, sondern auf Profite ausgerichtet.“ Die Kasse sollte nach der VAMED-Zerschlagung REHA-Zentren selbst betreiben. Huss: „Es wird mehr Geld benötigt, um eine angemessene Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Diese sollte mit Steuergeldern finanziert werden“, sagt Huss (Zitate: Krone, 2.7.2024).

Erste Verschlechterungen

Laut einem Bericht des ORF-Tirol müssen in einem an PAI ausverkauften VAMED-Seniorenheim in Tirol Bewohner:innen bereits seit Anfang August für „Zusatzleistungen“ (z.B. Erinnerung an Medikamenteneinnahme, Hilfe bei Speiseneinnahme usw.) 5,- bis 11,- Euro extra bezahlen. Mitarbeiter müssten jeden zusätzlichen Handgriff zu Verrechnungszwecken dokumentieren, usw. 7 Mitarbeiter des Seniorenheims hätten deshalb bereits gekündigt (<https://tirol.orf.at/stories/3267527/>, 2.8.2024).

Helene Schubert (ÖGB) verweist auf eine neue Studie aus den USA: **Übernahme von Gesundheitseinrichtungen durch Private Equity Fonds führte zu Erhöhung der Sterblichkeit um ca. 10%**, Abbau von Pflegepersonal und Pflegestandards etc.

<https://x.com/HeleneSchuberth/status/1819061754917433600/photo/1>.

Investitionsprüfung und Rückabwicklung verlangt

VAMED-Betriebsrat und Gewerkschaft verlangen von der Regierung eine Investitionsprüfung und Rückabwicklung des Verkaufs des ÖBAG-Staatsanteils, weil die Mehrheit der PAI-Aktionäre nicht aus der EU sei. Die Regierung lehnt dies ab, obwohl laut Website der PAI nur 45% der Aktionäre aus der EU sind und nur zwei Tochterfirmen eines US-amerikanischen Heuschreckenkonzerns (Blue Owl) allein 35% an PAI halten. (Standard, 17.7.2024)

EU-Renaturierung

Der Wirbel war groß. Die ÖVP wirft der grünen Klimaministerin Verfassungsbruch vor, klagt sie - und bleibt doch mit den Grünen in der Koalition.

Was war geschehen? Die Umweltministerin hat der EU-Renaturierungs-Verordnung zugestimmt. Die beschlossene EU-Verordnung soll geschädigte Ökosysteme und Lebensräume bis zum Jahr 2050 wieder in einen guten Zustand versetzen (1). Die ÖVP redete von enormen Kosten und einer nicht bewältigbaren Belastung der österreichischen Bauern. Selbst der Kurier, "Zentralorgan" des Raiffeisen-Konzerns (= „Herzkammer“ der Großbauern und der ÖVP), musste eingestehen, dass das nur die "halbe Wahrheit" ist (2):

So betreffen die vielzitierten 154 Milliarden Euro an Kosten die ganze EU, auf Österreich entfallen nur etwa 2 Prozent der Kosten, also 3 Mrd. Euro! Die Wiederherstellung von Lebensräumen auf einen guten Zustand beträgt nur 10% des gesamten EU-Gebietes und in Österreich können bereits laufende, wirksame und umgesetzte EU-Programme auf die EU-Renaturierungsregelung angerechnet werden. Den Kosten von 154 Mrd.

Euro stehen voraussichtlich 1.860 Mrd. Euro an erwarteten Vorteilen gegenüber. Auch die Kosten von Untätigkeit kommen auf ein Vielfaches, werden auf 1.700 Mrd. Euro geschätzt. Unwahr ist auch, dass es zu Enteignungen kommen werde oder verpflichtende Stilllegungen vorgesehen oder der Hochwasserschutz eingeschränkt werde. Was die ÖVP betreibt ist reiner Wahlkampf.

Auch bei den Grünen ist nicht die Umwelt das oberste Ziel, auch bei ihnen spielt Wahltaktik eine Rolle. Denn die EU-Renaturierungs-Verordnung wurde im Vorfeld stark verwässert und ist nur mehr ein Schatten ihrer selbst. In der Regel kann die naturzerstörende Landwirtschaftsindustrie zum Beispiel weiter Böden verseuchen. Die Bodenversiegelung geht parallel dazu enorm weiter und die übrige Industrie ist ausgenommen.

Neben Grünen, SPÖ, Neos, Umwelt-, Naturschutz- und Klimaschutzorganisationen unterstützt vor allem der Lebensmittelhandel die EU-Renaturierungs-Verordnung, weil er um die Sicherheit und Qualität der Lebens- und Nahrungsmittelerzeugung fürchtet.

(1) [Das EU-Renaturierungsgesetz im Überblick \(bmk.gv.at\)](https://www.bmk.gv.at)

(2) [Die EU-Renaturierung kostet 154 Milliarden Euro: Warum das nur die halbe Wahrheit ist \(kurier.at\)](https://www.kurier.at)

Jährlich 1 Milliarde Euro militärische Unterstützung für die Ukraine aus dem neutralen Österreich!?

Das EU-Parlament hat am 17. Juli eine Entschliebung angenommen, in der die EU-Staaten aufgefordert werden, 0,25% des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die militärische Unterstützung der Ukraine zur Verfügung zu stellen (1). Auf Österreich umgerechnet würde das ca. 1 Milliarde Euro jährlich ausmachen.

Es ist absolut inakzeptabel und gegen die in der österreichischen Verfassung verankerte immerwährende Neutralität Österreichs gerichtet, dass die EU-Abgeordneten der Regierungspartei ÖVP sowie die EU-Abgeordneten der „Oppositionsparteien“ SPÖ und NEOS für diese militärische Unterstützung stimmten und sich die EU-Abgeordneten der Regierungspartei der Grünen bloß enthielten.

Zwar stimmten die EU-Abgeordneten der FPÖ gegen diese EU-Kann-Bestimmung. In Wirklichkeit gibt sich die FPÖ wie ein Wolf im Schafspelz (2), ist verklausuliert aber doch für die EU-Aufrüstungs- und Kriegspolitik. Wie das? Schon 2019 hat sich FP-EU-Spitzenkandidat Vilimsky für das „Szenario 4“ des 2016/2017 erstellten „EU-Weißbuches zur Zukunft Europas“ (3) ausgesprochen (4). Er hat dies auch im heurigen EU-Wahlkampf in der ORF-Pressestunde am 28.4.2024 (5) ausdrücklich wiederholt und sich dafür gerühmt, dies in der ÖVP-FPÖ-Regierung (2017 - 2019) durchgesetzt zu haben. Was harmlos „Szenario 4“ klingt bedeutet lt. EU-Weißbuch Seite 23 bzw. Seite 29 in der EU-Außen- und Verteidigungspolitik:

„Die EU spricht mit einer Stimme zu allen Themen der Außenpolitik; eine Europäische Verteidigungsunion wird geschaffen“. Unter dem verschämt schon früher und auch im heurigen EU-Wahlkampf hingeworfenen Verweis auf das „Szenario 4“ ist auch die FPÖ klipp und klar für die EU-Aufrüstungs- und Kriegspolitik.

Das heißt, ALLE VERTRETER:INNEN ÖSTERREICHS IM EU-PARLAMENT – aber auch im österreichischen Parlament – sind offen oder verdeckt für die EU-Aufrüstungs- und Kriegspolitik und damit auch indirekt für die NATO, denn die meisten der EU-Staaten sind NATO-Staaten und stützen sich auf die Aufrüstungs- und Kriegspolitik der NATO. Das alles ist unvereinbar mit der immerwährenden NEUTRALITÄT Österreichs!

Das zeigt, ALLE PARTEIEN treten die Neutralität Österreichs mit Füßen.

Das beweist, dass auch die FPÖ, die im Inland Neutralität sowie Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine heuchelt, genauso wie die Regierungs- und anderen Oppositionsparteien mit den EU- und NATO-Kriegstreibern und der Rüstungsindustrie mitheult.

Alle Abgeordneten, ob im EU-Parlament oder im Parlament in Wien, treten somit den Willen der Bevölkerung, die zu 80% bis 90% für die immerwährende Neutralität Österreichs ist, mit Füßen.

Fortsetzung nächste Seite

Keine militärische Unterstützung für die Ukraine aus Österreich!

Da diese EU-EntschlieÙung eine Kann-Bestimmung ist, fordern wir die Bundesregierung und alle Parteien dazu auf, keinen Cent und keinen Euro für die militärische Unterstützung in Kriegsgebiete bereitzustellen, wie es die immerwährende Neutralität Österreichs vorschreibt.

Keine direkte oder indirekte militärische Unterstützung für die Ukraine aus dem neutralen Österreich!

Ja zur Neutralität!

Nein zu den Kriegstreibern in Ost und West!

- (1) https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-10-2024-0007_DE.html
- (2) http://atomgegner.at/wp-content/uploads/2024/07/FPOe-Neutralitaet-Wolf-im-Schafspelz_HP.pdf
- (3) https://commission.europa.eu/publications/white-paper-future-europe_d
- (4) (Kurier, 25.2.2019; <https://kurier.at/politik/inland/die-zwei-gesichter-des-harald-vilimsky/400416923>)
- (5) ORF-Pressestunde, 28.4.2024, Minute 7 – 8: https://www.youtube.com/watch?v=LInBH_Eig_Y

Aus der EU-EntschlieÙung

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-10-2024-0007_DE.html

Punkt C: „Die EU und ihre Mitgliedstaaten (haben) der Ukraine bislang finanzielle und militärische Unterstützung sowie humanitäre Hilfe und Flüchtlingshilfe in Höhe von rund 95 Mrd. EUR geleistet, darunter etwa 32 Mrd. EUR an militärischer Hilfe, wobei Berichten zufolge bis 2025 weitere 21 Mrd. EUR bereitgestellt werden sollen; in der Erwägung, dass im Rahmen der militärischen Unterstützungsmission der Europäischen Union zur Unterstützung der Ukraine (EUMAM Ukraine) mehr als 52 000 Angehörige der Streitkräfte der Ukraine sowohl im Rahmen der Ausbildung für das Gefecht Verbundener Kräfte als auch im Rahmen von spezialisierten Ausbildungen geschult wurden; in der Erwägung, dass die NATO der Ukraine einen jährlichen Finanzbeitrag in Höhe von 40 Mrd. USD garantiert ...

Punkt E 5. ... bekräftigt seinen früheren Standpunkt, dass alle EU-Mitgliedstaaten und NATO-Verbündeten gemeinsam und individuell ihre Zusage geben sollten, jährlich mindestens 0,25 % ihres BIP für die militärische Unterstützung der Ukraine aufzuwenden;

75 Jahre NATO:

EU, Europa, die ganze „westliche“ Welt am Nasenring der USA/NATO?

Was gibt es da zu feiern? Noch mehr Aufrüstung und noch mehr Kriege.

Schon 2023 machten die weltweiten Rüstungsausgaben an die 2.300 Milliarden Euro aus, wobei allein auf die NATO-Staaten rund 1.300 Milliarden Euro entfallen. Auf die Nicht-NATO-Staaten China entfallen ca. 280, auf Russland ca. 120, auf Indien ca. 80 Milliarden Euro. Und das Hochrüsten geht weiter.

Der erste Generalsekretär der NATO, der Brite Lord Ismay, formulierte die NATO-Strategie bei der Gründung der NATO 1949 so: Die Allianz solle „die Amerikaner drinnen, die Russen draußen halten - und die Deutschen am Boden“ (zit. Nach „DER SPIEGEL, 4. 4. 2019, [Was man über die Nato wissen muss - DER SPIEGEL](#)).

Ob kalter Krieg, ob „Entspannungspolitik“ der 1970er bis 1980er Jahre, ob immer heißer werdende Kriege seit der „Wende“ 1989 bis hin zum Ukrainekrieg, die von der USA dominierte NATO-Strategie hat sich nicht wesentlich geändert. Auch heute gilt noch, was 1949 konzipiert wurde. Und der Ukrainekrieg ist dazu ein Mittel zum

Zweck: Russland draußen halten und schwächen, die USA drinnen und Deutschland unter US-Kontrolle halten.

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine genauso wie wir die völkerrechtswidrigen Kriege der USA z.B. gegen Jugoslawien (unter Mithilfe Deutschlands), oder der USA gegen Vietnam, Afghanistan, Irak, Syrien usw. verurteilen.

Wer die Vorgeschichte des Ukrainekrieges ausblendet und einen (NATO)-Krieg gegen Russland propagiert, arbeitet auf einen großen Krieg hin.

Der Ukrainekrieg ist ein Stellvertreterkrieg zwischen (dem privatkapitalistischen Konzern-Kapitalismus) USA und (dem oligarcho-staatskapitalistischen) Russland, zwischen der Weltmacht USA und der Regionalmacht Russland. Der Ukrainekrieg dient als Anlass und Vorwand zu noch mehr Rüstung im Namen von „Verteidigung“, „Frieden“, „Sicherheit“, um die jeweils eigene Position der Staaten und ihrer Konzerne im internationalen kapitalistischen Konkurrenzkampf zu stärken und den jeweils anderen zu unterdrücken oder zu besiegen.

Der Ukrainekrieg ist mit riesigen Opfern vor allem der ukrainischen Bevölkerung verbunden. Er soll mit Hilfe von Ukraine-Präsident Selenskyj, gestützt durch westliche Waffenlieferungen, scheinbar immer weiter fortgesetzt werden. Dabei sagen alle Expert:innen, dass Russland von der Ukraine (alleine) nicht besiegt ist. Das heißt Waffenstillstand, Frieden – oder weitere Eskalation bis zu einem noch größeren Krieg. Denn Russland ist nur in einem NATO-Krieg „besiegbar“.

Ein Vergleich schafft Klarheit:

NATO + Ukraine		Russland
Aktive Soldaten:	4.170.000	1.320.000
Gepanzerte Fahrzeuge	92.100	7.000
Kampfpanzer	16.682	3.560
Kampfflugzeuge	14.852	912
Atomsprenköpfe	5.943	6.255

Quelle: NATO, Statista, Kurier, 9. 6. 2024

Dass weiter auf Aufrüstung und Krieg gesetzt wird, darauf deutet der soeben erfolgte NATO-Beschluss hin, ab 2026 in NATO-Deutschland US-Langstreckenraketen zu stationieren. Das macht Europa zum Kriegsschauplatz. Die USA sind weit weg. Gleichzeitig wollen die USA die NATO sogar um indopazifische Staaten wie Australien, Japan, Südkorea, Neuseeland „erweitern“. Am 75-Jahres-NATO-Gipfel wurden diese Staaten „eingeladen, mit vier gemeinsamen Projekten die Zusammenarbeit gegen China zu vertiefen (Kurier, 10.7.2024).

Gerade als wieder einmal der Versuch gestartet wurde, z.B. von Indiens Ministerpräsidenten Modi, der nach einem Besuch in Moskau gleich danach in Wien zu Staatsbesuch war, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen beim Ukrainekrieg auszuloten, gibt die NATO bekannt, ab 2026 in Deutschland (!) Langstreckenraketen gegen Russland zu stationieren.

Statt das USA/NATO-Vorhaben entschieden abzulehnen, weil dadurch Europa und Deutschland zum Kriegsschauplatz wird, hat der deutsche SPD-Kanzler Scholz diese Entscheidung ausdrücklich und „aus Verantwortung“ (für wen und wem gegenüber?) begrüßt. Warum? Aus NATO-Gehorsam? Die Begründung von Scholz: weil Deutschland das größte EU-Land sei. Vor allem aber auch aus Eigeninteresse des deutschen Großkapitals. Einerseits will das deutsche Kapital gemeinsam mit USA/NATO bei Rüstung, Krieg mitmachen und mitprofitieren. Schließlich ist Deutschland – z.B. mit Rheinmetall – ganz dick im Rüstungs- und Kriegsgeschäft. Ebenso wollen die deutschen Konzerne beim Wiederaufbau nach der zuvorigen Teilnahme an der Zerstörung von Leben, Industrie, Infrastruktur, Natur gemeinsam und in Konkurrenz zu den USA als „größtes EU-Land“ auf jeden Fall mit dabei sein in der Ukraine beim Riesenprofite machen. Andererseits baut das deutsche Kapital mit und auch ohne die USA seine Position in EU- und NATO-Europa (v.a. in Konkurrenz zu Großbritannien, Frankreich und Polen) militärisch sogar mit US-Atomwaffen aus, die

in Europa sonst noch Großbritannien, Frankreich und Russland haben, in EU-Europa hat das gar nur der Nachbar Frankreich.

Was also passiert ist: Anstatt die aufgeheizte internationale Situation zu beruhigen, wird erneut und stärker als zuvor in Namen von „Verantwortung“, „Sicherheit“ oder „Frieden“ Öl ins Feuer gegossen, also noch mehr aufgerüstet und noch größere Kriegsvorbereitungen werden getroffen.

Was macht Österreich?

Dass das neutrale Österreich die Initiative Indiens unterstützt ist zu begrüßen. Doch warum unternimmt Österreich nicht selbst eine Friedensinitiative. Gerade Österreich als immerwährend neutraler Staat müsste das tun! Doch stattdessen schließt sich Österreich entgegen der Verfassung und dem Willen von mehr als 80% der Österreicher:innen, die die Neutralität wollen, immer mehr der von Deutschland dominierten EU-Kriegspolitik, aber auch der NATO-Kriegspolitik an, sind doch die meisten EU-Staaten NATO-Staaten. Zum Beispiel auch durch die geplante Teilnahme Österreichs am EU-NATO-„Luftabwehrsystem“ Sky Shield. Dass das noch brandgefährlicher wird als befürchtet, zeigt die gerade von US-Präsident Biden beim 75-Jahresfeier-NATO-Gipfel bekanntgegebene Stationierung von US-Langstreckenraketen in Deutschland ab 2026.

Die immerwährende Neutralität Österreichs ist immer wichtiger – gerade in Zeiten von immer mehr Hochrüstung und immer mehr heißen Kriegen. Daher:

- Keine Teilnahme Österreichs an der EU-Kriegspolitik – auch nicht indirekt durch „konstruktive“ Stimmenthaltung bei der EU! Denn auch das gibt trotzdem über Österreichs EU-Beitrag Mittel und Ressourcen aus Österreich für Rüstung und Krieg in Milliardenhöhe frei
- Keine Teilnahme an EU-USA-NATO-Sky Shield
- Raus aus der Kooperation mit der NATO
- Ja zur immerwährenden Neutralität Österreichs.

*

Aus der NATO-Erklärung zum 75-Jahre-NATO-Gipfel in Washington

Die NATO-Erklärung bekräftigt unter anderem:

„... den unumkehrbaren Weg der Ukraine zur vollständigen euro-atlantischen Integration, einschließlich der NATO-Mitgliedschaft“.

„Doch Russland wird die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine niemals akzeptieren, so dass die ‚unumkehrbare‘ Verpflichtung eine unumkehrbare Verpflichtung zum Krieg ist.“

Quelle: Die NATO-Erklärung und die tödliche Strategie des Neokonservatismus. Um der Sicherheit Amerikas und des Weltfriedens willen sollten die USA das Hegemoniestreben der Neokonservativen zugunsten von Diplomatie und friedlicher Koexistenz sofort aufgeben. Jeffrey D. Sachs, 13. Juli 2024).

SPÖ und Neutralität

Vor der EU-Wahl gab es von der SPÖ kurz einmal das Bekenntnis zur Neutralität und gegen einen NATO-Beitritt. Und jetzt, vor der Nationalratswahl? Wo bleibt die Kritik an der Einbindung in die EU-Kriegspolitik und die Forderung nach Ausstieg aus den schon jetzt engen NATO-Kooperationen?

Schon seit der ÖVP-FPÖ-Regierung unter Wolfgang Schüssel (2000 – 2006) wollen die Regierenden Österreich offen an die NATO angliedern und die Neutralität entsorgen. Sowohl ÖVP als auch FPÖ sind in ihren „Neutralitäts-Beteuerungen“ NICHT glaubhaft. Die Neos wollen direkt Österreich an eine EU-Armee anschließen, wobei klar ist, dass in der EU die NATO militärisch den Ton angibt. Also sind auch die NEOS für mehr NATO-Einbindung Österreichs. Jetzt wollen ÖVP und Grüne Österreich noch mehr an die NATO anbinden. Gemeinsam mit Irland, Malta und der Schweiz hat die Nehammer-Kogler-Regierung, ohne die Öffentlichkeit darüber zu informieren, schon im Dezember 2023 unter dem Namen „WEP 4“ (westeuropäische Partner der 4) dazu einen Brief an die NATO übermittelt. Unter anderem soll Österreich etwa an militärischen Übungen teilnehmen. Das ist ungeheuerlich!

Lange hat die SPÖ bislang geschwiegen. Endlich hat nun SPÖ-Vorsitzender Andi Babler sich ausdrücklich gegen NATO-Beitritt Österreichs und für die Neutralität ausgesprochen, die Österreich Schutz garantiert (*).

Jedoch: Gegen die Einbindung Österreichs in die EU/NATO-Militarisierung – siehe z.B. Teilnahme an Sky Shield – gibt es kein Nein von ihm. Ebenso ist der SPÖ-Vorsitzende dafür, dass die bisher schon engen Kontakte zur NATO beibehalten bleiben. JA zur Neutralität, Nein zu NATO-Beitritt und Teilnahme an EU-Militarisierung und Kriegsvorbereitung ist aber nötig, besonders in Kriegszeiten!

Daher, lieber SPÖ-Vorsitzender Andi Babler:

Nicht auf halbem Weg stehen bleiben – und jedenfalls auch nach den EU- und Nationalratswahlen an den gegebenen Versprechen festhalten, nicht verstohlen, sondern mutig und laut für Frieden und Neutralität voranschreiten, das heißt auch die bestehenden „Kooperationen mit NATO und EU im militärischen und im zivil-militärischen Bereich hinterfragen und beenden!

(* siehe: <https://www.spoe.at/aktuelles/andreas-babler-kein-nato-beitritt-mit-der-spoe-neutralitaet-schuetzen/>

Mehr Hintergrundinfos zur Neutralität, Krieg, Frieden, NATO, EU-Militarisierung siehe:

www.atomgegner.at und www.unsere-neutralitaet.at

Was ist los mit (in) der SPÖ?

Parteichef Andi Babler darf vorne und gegenüber der Parteibasis und den neuen Mitgliedern „links“ reden, während die (alten) sogenannten SP-„Granden“ mit der ÖVP schon recht(s) packeln – in der Hoffnung auf eine Regierungsbeteiligung nach den Nationalratswahlen.

Ganz offen schadet Hans Peter Doskozil, der Babler bei zu wenig Zugewinn oder bei Stimmenverlust ein Abdanken nach der Nationalratswahl im September 2024 nahelegt. Doskozil selbst aber will nach der Burgenlandwahl im Jänner 2025 auch bei Stimmenverlusten bleiben und schließt eine Koalition mit der FPÖ nicht aus. Soweit so schlecht und rechts.

Aber nicht genug damit: Im Hintergrund agieren ex- und aktuelle SP-„Granden“ wie Androsch, Vranitzky, der Wiener Bürgermeister Ludwig gemeinsam mit Wirtschaftskammerern, allen voran mit Wiener Wirtschaftskammer-Präsident Walter Ruck, oder der Bauholz-Gewerkschafts-Vorsitzende und SPÖ-Gewerkschaftschef (FSG) Muchitsch gemeinsam mit der (Bau-) Industrie für eine Koalition mit der ÖVP und NEOS. So wird z.B. in Medien der Wiener Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke als Vizekanzler ins Spiel gebracht. Oder: da trifft

sich der sonst von der ÖVP so verteufelte Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker öffentlichkeitswirksam und ohne inhaltlicher Notwendigkeit mit dem ÖVP-Wirtschaftsbundvertreter. Auch die NEOS-Führung spielt dabei eine Rolle und mit, ist sie doch in Wien Juniorpartner von Bürgermeister Ludwig.

Die ÖVP selbst legt der SPÖ die Leimrute aus, indem sie abwechselnd betont, nach den Wahlen keinesfalls mit Kickl oder der Kickl-FPÖ koalieren zu wollen (Nehammer) oder gar insgesamt eine Koalition mit der FPÖ mit oder ohne Kickl ausschließt (wie zuletzt Parlamentspräsident Sobotka).

Wer den schon so oft wortbrüchigen und nicht paktfähigen ÖVP-Granden nur ein Wort davon glaubt, ist selbst schuld und geht der ÖVP (wieder einmal) auf den Leim. Das ist dann vielleicht ärgerlich für die SPÖ-Spitzen, jedenfalls zum Schaden der arbeitenden Menschen in Österreich.

Zwar sagen SPÖ-Spitzen offiziell, dass die ÖVP, sollte sie mit der FPÖ eine Mehrheit haben, jedenfalls eine Koalition mit der FPÖ eingehen würde. Sie hoffen aber auf das Gegenteil, nämlich auf eine Regierungsbeteiligung unter ÖVP-Gnaden.

Der von SPÖ-Chef Andreas Babler eingesetzte Expertenrat hat nicht nur Konzepte für das rote Wahlprogramm für die Nationalratswahl geliefert, sondern konzentriert sich derzeit auch auf Unterlagen für Regierungsverhandlungen, erklärt SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Sandra Breiteneder zur Zwischenbilanz des Expertenrates.“
(Kurier, 6. 8. 2024)

Die ÖVP wiederum will selbst für den Fall, dass sie Dritter wird, schon wieder die SPÖ erpressen, indem die ÖVP bei einem allfälligen Zusammengehen mit der SPÖ, doch den Kanzler stellen soll, andernfalls die ÖVP eben mit der FPÖ koalieren würde. Diese Variante hat im EU-Wahlkampf einmal der ÖVP-Kandidat Lopatka mit Verweis auf die Steiermark angedeutet. *

SPÖ-Vorsitzender Babler betont zwar bei jeder Gelegenheit, zuletzt ganz intensiv beim Mitmachkongress Ende Juni, dass er nur ein Ziel habe, nämlich: Erster zu werden.

Doch die SPÖ-internen Machenschaften im Hintergrund gehen von einem anderen Ausgang aus, wenn sie SP-Hanke als Vizekanzler ins Spiel bringen. Das ist erstens gegen Babler gerichtet, der dann bestenfalls Parteichef ohne Macht bleiben darf/soll, und verteilt zweitens im Hinblick auf eine erhoffte Koalition mit ÖVP und NEOS die Felle vor dem Erlegen des Bären.

Manche fragen sich da zurecht: Wozu noch wählen? Gewollt oder ungewollt hat das der SPÖ-Altbundespräsident Fischer ausgesprochen: Er meinte, dass der amtierende Bundespräsident Van der Bellen für den Fall, dass die FPÖ Erster werde, eine Expertenregierung einsetzen solle. Das heißt, in Wirklichkeit wird der SPÖ-Parteivorsitzende von seinen eigenen Spitzenleuten im Regen stehen gelassen.

Trotzdem spielt Babler mit, indem er dazu schweigt, statt die Machenschaften aufzuzeigen – nur so kann er den Sumpf trocken legen und Wähler:innen gewinnen. Nur eine Koalition mit der FPÖ auszuschließen ist zu wenig, ja weil eigentlich selbstverständlich.

Das alles arbeitet erst recht den Rechten, sowohl der ÖVP, aber vor allem der FPÖ in die Hände, die beide zudem in den Medien gegenüber der SPÖ hochgeschrieben werden.

Dass die FPÖ kein Freund der parlamentarischen Demokratie ist, zeigt sie tagtäglich. Für die FPÖ ist das Parlament, wie auch bei der EU-Wahl, genauso nur ein Sprungbrett, um weiter und wieder zu mehr Macht und Posten zu kommen wie ja schon ein paar Mal in Regierungsbeteiligung (1983 – 1986, 2000 – 2006, 2017 – 2019) zu sehen war.

Was das den arbeitenden Menschen gebracht hat, zeigen die Ergebnisse, z.B.:

- ÖVP-FPÖ-Pensionsreform 2003 mit Kürzungen von 30% gegenüber davor
- milliarden schwerer Eurofighter-Abfangjäger-Kauf samt Korruption

- ÖVP-FPÖ-Bestreben von ÖVP-Kanzler Schüssel und FPÖ-Verteidigungsminister Scheibner Österreich in die NATO zu führen („Neutralität gehöre ins Museum wie Mozartkugeln“)
- Ausverkauf und Privatisierung der Verstaatlichten Industrie mit Verlust von Zehntausenden Arbeitsplätzen, Verlust an Milliarden einnahmen für den Staat
- Einführung des 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche im Interesse der Wirtschaft
- Umfärbung und „Neustrukturierung“ der Sozialversicherung, wodurch die Unternehmer die Macht in der Krankenkasse und über die Verwendung Sozialversicherungsgelder der Arbeiter und Angestellten erhielten und die Privatisierung des Bereiches in das Gesetz schrieben.
- Effekt: Verknappung des Gesundheitsangebots, längere Wartezeiten und mehr Selbstbehalte z.B. durch die Zunahme der Wahlärzte.
- Die mit der Umstrukturierung und Umfärbung der Krankenkassen versprochene „Patientenmilliarde“ gab und gibt es nicht. Im Gegenteil: allein die Neustrukturierung der ÖGK kostete bislang mehr als 200 Mio. Euro.

Auch die FPÖ ist also – entgegen ihrer Eigenpropaganda den Wähler:innen gegenüber, – in Wirklichkeit den Unternehmen und Konzernen zu Diensten. Um die wirklichen Anliegen der breiten Masse der Bevölkerung sorgt sich auch die FPÖ nicht.

In Wirklichkeit sind auch der FPÖ die arbeitenden Menschen völlig egal, nur als Stimmenbringer für Posten wichtig. Weitere Beispiele: Vermögen der Reichen besteuern oder Klimaschutz, der vor allem den Kleinen nützen würde, weil ihn die Großen und Konzerne verursachen und die Kleinen darunter leiden, dies alles und noch viel mehr will die FPÖ nicht.

Das freut die Großkopferten und Konzerne. Deshalb wird die FPÖ auch immer unverhohlener auch von Wirtschaftsbossen und Industrie wohlwollend bewertet, protegiert und von den Medien, die ja ebenfalls in Besitz von großen Konzernen (z.B. deutsche Funke-Gruppe, deutscher Springer-Verlag, Raiffeisen usw.) sind, hochgeschrieben.

Diesen Kreisen ist letztlich egal wie rechts-radikal die FPÖ ist und egal wie die Gesellschaft durch FP- oder ÖVP-Hetze gegen andere Menschen und Andersdenkende absichtlich immer mehr gespalten wird. Denn die Spaltung der Gesellschaft, die Zerstörung von Zusammenhalt und Solidarität ist auch in ihrem Interesse, im Interesse der herrschenden Wirtschaftskreise. Denn diese wollen doch vor allem noch mehr Profit aus den arbeitenden Menschen heraus schlagen. Dabei ist ihnen immer mehr die von ihnen selbst in Sonntagsreden beschworene Demokratie im Weg: zuerst die inner-betriebliche Demokratie (Betriebsräte, Gewerkschaften, AK), ja selbst eine „brave“ SPÖ, schlussendlich auch die parlamentarische Demokratie, die immer weniger ihre autoritärer werdenden Profitmaximierungsdiktate

Fortsetzung nächste Seite

gewährleisten kann. Zuletzt sollen Handels-, Wirtschafts- und echte Kriege die Profite der Konzerne und Multis sichern. Und Kriege lassen sich – wie man aktuell in der Ukraine, in Russland, Israel usw. sieht – nur durch Kriegsrecht, also durch Ausschaltung der Demokratie, durchsetzen.

SPÖ-Wahlkampf:

Bislang halbherzig und schaumgebremst

Statt die vielen richtigen Themen im Interesse der arbeitenden Menschen zu trommeln und nochmals zu trommeln und damit massiv unter die Menschen zu gehen und die Mühen der Ebene nicht zu scheuen, wie es anfangs ja Babler gemacht hat, geschieht dies trotz Wahlkampfzeiten bislang schaumgebremst und sichtbar zu wenig. Stattdessen wird dauernd auf die Medienberichterstattung geschickt, was die Medien erwarten und bringen würden und immer „diplomatischer“ bis nichtssagend agiert. Bleibt das so, brauchen ÖVP und FPÖ gar nicht viel tun, nur zuwarten.

Wer glaubt, dass früheren SPÖ-Wähler:innen schnell und nur aus wahltaktischen Gründen, weil Babler Erster werden will, zurückkehren, macht die Rechnung ohne den Wirt. Die SPÖ hat eine Bringschuld. Die Menschen (wieder) zu gewinnen braucht Zeit und Gemeinsamkeit. Das geht nicht von heute auf morgen. Beide dieser Sichtweisen scheinen bei den gegenwärtigen SP-Spitzen weder in Partei, noch Gewerkschaft, noch AK vorhanden zu sein. Die einen wollen so schnell wie möglich wieder in die Regierung, die anderen aber denen, die dort hinstreben, das selbst nicht vergönnen. Auf der Strecke bleiben Idee, Programm, Solidarität und vor allem die arbeitenden Menschen – wenn diesem Machtspiel-Treiben nicht von unten und/oder von innen heraus gemeinsam und selbständig Widerstand und Tatkraft entgegengesetzt wird.

Nur wenn die SPÖ, wenn Babler, die parteiinternen Quertreiber statt zu schonen offensiv und mit Hilfe der Basis benennt, zur Rechenschaft zieht und zurechtweist, hätte er eine Chance die Basis und Nichtwähler:innen zu mobili-

sieren. Ebenso und vor allem dann, wenn er die Themen, die die Menschen tatsächlich betreffen und bewegen offensiv anspricht.

Warum zum Beispiel wird das Thema Neutralität und Sicherheit völlig den Rechten, der ÖVP in der Regierung und der FPÖ in der Opposition, überlassen? Das ist umso unverantwortlicher, weil die FPÖ nicht nur bei der Neutralität ein Wolf im Schafspelz ist, von der Neutralität redet, aber in Wirklichkeit auch für die EU-Kriegsunion eintritt. Siehe dazu den Beitrag „FPÖ für die EU-Kriegsunion in unserer Solidaritäts-Zeitung Nr. 3, Juli 2024: [Zeitung Soli 3-24 end HP.pdf \(prosv.at\)](#).

War nicht früher die SPÖ die Neutralitätspartei? Wären nicht gerade in Kriegszeiten die Verteidigung und der Ausbau der immerwährenden Neutralität wichtiger denn je? Warum distanziert sich die SPÖ nicht ausdrücklich von dieser EU/NATO/USA-Kriegspolitik die nur zum Schaden der Neutralität und Sicherheit Österreichs ist?

Warum sagt die SPÖ nicht klipp und klar, dass die NATO- und EU-Kriegspolitik Sozialstaat und Demokratie gefährden. Die Rüstungs- und Kriegsmilliarden, die das neutrale Österreich über seinen EU-Beitrag mitfinanziert, fehlen beim Sozialstaat, bei Bekämpfung von Armut, bei Finanzierung von Bildung, Gesundheit oder Pensionen.

Wie sagte die SJ (Sozialistische Jugend) anlässlich der innerparteilichen Urabstimmung zum Parteivorsitz voriges Jahr: „Echte Mitbestimmung – Jetzt die Basis an die Macht“.

* In der Steiermark hat 2015 die ÖVP erinnerlich seinerzeit genau dieses Erpresser-Machtspiel betrieben. Dort hatten sowohl ÖVP und SPÖ bei der Landtagswahl 2015 massiv an Stimmen verloren, SPÖ, ÖVP und FPÖ lagen praktisch gleichauf. Die SPÖ mit Landeshauptmann Voves blieb aber knapp Erster. Um die SPÖ in der Landesregierung zu halten, trat Voves zurück und überließ ÖVP-Schützenhöfer den Landeshauptmann, damit die ÖVP nicht mit der FPÖ, sondern mit der SPÖ als Juniorpartner weiterregiert. Hintergrund, siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_der_Steiermark_2015

Hiroshima & Nagasaki

Anfang August jährten sich zum 79. Mal die schrecklichen Atombombenabwürfe der USA auf Japan.

Die Atombombenexplosionen töteten insgesamt 100.000 Menschen sofort, an Folgeschäden starben bis heute weiter mehr als 130.000 Menschen. Die Atomkräfte rüsten in den letzten Jahren wieder ihre Atomwaffenarsenale auf.

Aus der militärischen Atomnutzung (Atombomben) ging die hoch subventionierte Atomnutzung für Strom (AKW) hervor. Durch AKWs kann spaltbares Material für Atombomben hergestellt werden. Ein tödlicher Profit-Kreislauf. Atombomben und Atomkraftwerke sind siamesische Zwillinge.

Dass an AKWs bis heute trotz katastrophaler Unfälle (siehe Tschernobyl oder Fukushima) festgehalten wird, hat nur damit zu tun, dass die Atom-Rüstungs-Konzerne AKWs für die Atomwaffenproduktion brauchen.

Bereits vor 46 Jahren hat die Bevölkerung von Österreich per Volksentscheid NEIN zur Atomenergie gesagt. Trotzdem zahlt Österreich für die Atomlobby EURATOM und IAEA jährlich Millionen Euro auf Kosten von Gesundheit und Frieden. Das widerspricht dem Willen der Bevölkerung bei der Volksabstimmung. Schluss damit – Österreich raus aus EURATOM und IAEA! Sofort!

Raus aus EURATOM & IAEA



Jetzt !

Mindestsicherung und Sozialhilfe wird bekämpft, aber Unternehmer-Sozialbetrug hingenommen

Gesetzliche Mindestsicherungs- und Sozialhilfeleistungen

„2022 lebten insgesamt 254.149 Personen in 147.488 von der Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe unterstützten Bedarfsgemeinschaften, pro Monat waren es durchschnittlich 189.957 Personen in 103.038 Bedarfsgemeinschaften ... Die rückläufige Entwicklung der Bezugszahlen setzte sich 2022 fort ... Es gab wieder mehr weibliche (51%) als männliche (49%) Bezieher:innen der Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe ... Der Anteil der (minder- und volljährigen) Kinder (35%) lag über jenem der Frauen (34%) bzw. der Männer (31%) ... Bedarfsgemeinschaften, ... die im Vollbezug einer Mindestsicherungs-/Sozialhilfeleistung standen, waren wie in den Vorjahren deutlich in der Minderzahl (27%); der Großteil (73%) erhielt eine Ergänzung bzw. Aufstockung (Teilbezug) zu vorhandenem Einkommen ... Die größte Gruppe der in der Mindestsicherung/Sozialhilfe unterstützten Bedarfsgemeinschaften (BG) sind die Alleinstehenden. Auf sie entfielen 2022 67% (36% der Personen), gefolgt von den Alleinerziehenden (BG: 15%; Personen: 23% - in überwältigender Anzahl Frauen – Anm. d. Red.) und den Paaren mit Kindern (BG: 13%; Personen: 33%) ... Die durchschnittliche monatliche Leistungshöhe pro Bedarfsgemeinschaft für Lebensunterhalt und Wohnen lag bei 743 Euro ...

Die Ausgaben der Länder und Gemeinden für die Mindestsicherung und Sozialhilfe betrugen im Jahr 2022 insgesamt 974 Mio. Euro (Lebensunterhalt und Wohnen: 919 Mio. Euro, Krankenhilfe: 56 Mio. Euro) ...“ (Quelle: <https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Sozialhilfe-und-Mindestsicherung.html>; Statistik 2022).

So „sozial“ sind die Herrschenden

Mehr unbezahlte Überstunden: Die Österreicher:innen haben im Jahr 2023 180 Millionen Mehr- und Überstunden geleistet. 46,6 Millionen (!) davon, also mehr als ein Viertel, wurden weder bezahlt noch durch Zeitausgleich abgegolten. Die Beschäftigten haben also gratis gearbeitet und Unternehmen haben sich 1,3 Milliarden Euro erspart. Möglich gemacht wurde das durch die Ausweitung der Arbeitszeit von 10 auf 12 Stunden pro Tag bzw. 60 Stunden pro Woche durch ÖVP und FPÖ 2018.

GAZA-Krieg:

Tod, Hunger, Polio-Epidemie

Der Internationale Gerichtshof (IGH) stellte fest, dass Israels Siedlungspolitik in besetzten Palästinensergebieten, v.a. im Weltjordanland, gegen internationales Recht verstößt. Israel mache sich dabei der illegalen Annektierung schuldig.

Der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, hat den rechtsextremen israelischen Finanzminister

Ungesetzlicher, organisierter und krimineller Sozial- und Finanzbetrug von Unternehmen

Der Sozial und Finanzbetrug von Unternehmen beträgt rund **800 Millionen Euro jährlich!** (BMF, 27.7.2024; https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240727_OTS_0005/). Doch dieser Finanz-Betrug von Unternehmen wird von der Regierung kaum nachhaltig bekämpft. Und in den Medien findet dieser horrende Sozial- und Finanzbetrug von Unternehmen kaum Erwähnung.

Hinzu kommen die „regulären“ und ständigen Schulden der Unternehmen bei Finanzamt und Krankenkassen, die in Summe etliche Milliarden betragen und oft von Finanzamt und Krankenkassen dann als uneinbringlich abgeschrieben werden müssen. Davor aber haben diese Firmen Gewinne eingestreift. Unternehmensschulden werden so zum Verlust für die Allgemeinheit. Auch davon ist kaum bis gar nicht in der Öffentlichkeit die Rede.

Ganz anders ist das bei der gesetzlichen Mindestsicherung und Sozialhilfe. Diese wird als unrechtmäßig und Luxus für Arbeitsunwillige auf Kosten der Arbeitenden hingestellt und tagelang und großseitig in den Medien schlechtgeredet. Besonders hervor tun sich dabei ÖVP und FPÖ. Die Unternehmen jubeln.

Diese hetzerische und heuchlerische und absichtlich vor den Wahlen in den Medien geführte Neiddebatte um Mindestsicherung und Sozialhilfe soll genau davon ablenken, dass viele Unternehmen auf die Gesetze pfeifen und ihre Steuern und Sozialabgaben nicht bezahlen. Den Schaden dieses massiven Unternehmer-Sozialbetrugs haben die arbeitenden Menschen!

Heimische Banken verdienen im Vorjahr 14 Milliarden Euro! (ÖNB-Report, 25.6.2024)

50.000 Österreicher sind Millionäre – um 4.000 mehr als 2023. Ein Drittel des Finanzvermögens liegt in den Händen von 400 Personen (Kurier, 11.7.2024).

58 Prozent sorgen sich um Lebensstandard im Alter (Umfrage des Versicherungsverbandes).

Für ein Drittel der Jugendlichen ist die finanzielle Lage prekär. 570.000 Junge haben kein Geld für unerwartete Ausgaben (Foresight-Umfrage, Mein Bezirk, 11.7.2024).

Besalel Smotritsch wegen dessen umstrittener Äußerungen zum Aushungern der Palästinenser:innen scharf kritisiert. Smotritsch sagte, eine Blockade der Hilfsgüter für den Gazastreifen sei gerechtfertigt, das gelte seiner Ansicht nach auch, wenn dadurch zwei Millionen Menschen verhungern (<https://orf.at/stories/3366116/>, 9.8.2024).

Laut WHO sind bis zu 16,5 Prozent der Kinder unter fünf Jahren im Gazastreifen akut unterernährt. Offiziell wurden in Gaza bereits 40.000 Menschen getötet, rund 90.000 verletzt.

Fortsetzung letzte Seite

GAZA-Krieg: Bis zu 186.000 Tote oder gar mehr möglich!

Laut „The Lancet“, einer der ältesten und anerkanntesten medizinischen Fachzeitschriften der Welt, ist es bei einer vorsichtigen Schätzung von vier indirekten Todesfällen pro direktem Todesfall nicht unwahrscheinlich, dass bis jetzt an die 186.000 oder sogar mehr Todesfälle auf den aktuellen

Gazakrieg zurückzuführen sind!

([https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(24\)01169-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(24)01169-3/fulltext)).

Zudem droht auch noch eine Polio-Epidemie (Kinderlähmung). Während Israel seine Soldaten impft, setzt man die Zivilbevölkerung dem Polio-Virus aus. Eine Feuerpause zur Eindämmung der Ausbreitung, die auch Israel erreichen könnte, ist unerlässlich! (Kurier, 24.7.2024).

Nachfolge-Treffen zu
„Neutralität & Sicherheit“
Mo., 16. September 2024
19.00 Uhr
Stiftgasse 8, 1070 Wien,
Amerlinghaus, Teestube (1. Stock)

Öffentliche Stände in Wien: Neutralität – unsere Sicherheit

Di., 27. August 2024, 15.00 – 19.00
Ottakring, vor Eingang zur U3/S-Bahn

Di., 3. Sept. 2024, 15.00 – 19.00
Landstraßer Hauptstraße, vor Eingang
U4/U3/S-Bahn

Di., 10. Sept. 2024, 15.00 – 19.00 Uhr
Landstraßer Hauptstraße, vor Eingang
U4/U3/S-Bahn

Mitmacher:innen willkommen! Bitte melden
unter: ggae@gmx.at * Betreff: Stände

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck
und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie,
Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medien-
inhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
"Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der
gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien.
Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, H. Tschida.

Datenschutzerklärung siehe:
www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum

Österreichische Post AG
SM 20Z042140 S
Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Sa., 26. Oktober 2024
ab 10.00 Uhr
TAG DER
NEUTRALITÄT

Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Aktionstag: Kundgebung und
Flugblattverteilkation

Treffpunkt: 1010 Wien, Nähe
Burgring 6, vor dem Eingang
Volksgarten zum Heldenplatz, zwischen
Radweg und Fahrbahn/Straße/Ring

Anfragen und Anmeldung bitte an:
ggae@gmx.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir
im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin
benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeu-
tung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung,
AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw.
Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität,
Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. **Nur gemeinsam**
können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschafts-fraktion
abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen
Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und
AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen
teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen – Redaktionsteam

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.
IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650
BIC: BAWAATWW; Empfänger*in: GGAE OESK,
Verwendungszweck: Spende

Einladung zur Vorwahl-Diskussion

Mi., 11. September 2024, 19.00 Uhr

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus, Galerie, 1. Stock

Heute: Ukrainekrieg, Gazakrieg. Morgen: Nahostkrieg und noch mehr Kriege? In Zeiten von Krisen und Kriegen ist eine tatsächliche Politik der immerwährenden Neutralität Österreichs und das Auftreten gegen die Kriegstreiber in Ost und West und das Eintreten für sofortigen Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und Frieden notwendiger denn je!

Neutralität & Sicherheit

- ist unerlässlich für Sozialstaat und Demokratie
- darf nicht den Rechten, Neokonservativen und Neoliberalen überlassen werden

Udo Bachmair

Redakteur, Moderator, Präsident der Vereinigung für Medienkultur

Gabriele Matzner

Juristin; Publizistin, Diplomatin und Botschafterin a.D.

Günther Greindl

General i.R., Leiter von UN-Missionen, Präsident von Aufbruch-Österreich

Daniela Gruber-Pruner

Mitglied des Bundesrates, SPÖ, Schriftführerin des Bundesrates

Rihab Toumi

Vorsitzender der Sozialistischen Jugend (SJ) Wien

Wilfried Leisch

Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg / Österr. Solidaritätskomitee

Michael Kösten

Moderation

*

Veranstalter:



Gewerkschafter/Innen
gegen Atomenergie und Krieg

vereinigung für
medien
kultur

Unsere Neutralität = unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at

Solidarität
unsere Chance
Österreichischer Solidaritätsrat

Anmeldung erwünscht: ggae@gmx.at * [Freier Eintritt, Spenden erbeten](http://www.atomgegner.at) * www.atomgegner.at * www.prosv.at